

Anlage.

113593

Betrachtung zur Lage am 3.II.1942.

In Norwegen besteht nunmehr eine selbständige, nationale, norwegische Regierung unter Quisling, welche die Notwendigkeit des Zusammenstehens der germanischen Völker betont und zum gemeinsamen Kampf gegen den Bolschewismus und gegen England aufruft. Was Deutschland politisch in Frankreich anstrebt, nämlich das Fundament, auf dem eine tragkräftige Zusammenarbeit zur Neuordnung Europas aufgebaut werden kann, ist nun in Norwegen vorhanden.

Bei dieser Sachlage stellt sich unwiderstehlich die Frage, welchen Nutzen nun Deutschland aus dieser Situation ziehen kann. Es handelt sich um

- a) eine politische Chance von geschichtlichen Ausmaß,
- b) eine militärische Chance, an der die Kriegsmarine besonders interessiert ist.

Zu a)

Deutschland hat eine Reihe europäischer Staaten durch Besetzung "in Schutz genommen". Es hat aber gleichzeitig eine Neuordnung Europas versprochen. Es hat als Kern dieses neuen Europas die germanischen Stämme in einem germanischen Staatenbund bezeichnet, die als "selbständige Staaten und als Kamerad unter Kameraden" unter der Führung Deutschlands stehen sollen. Unter Quisling und der National Samling hat sich nun Norwegen als erster germanischer Staat feierlichst dazu bereit erklärt, sich an diesem Neuaufbau Europas zu beteiligen. Deutschland hat das Glück, in Quisling einen Mann gefunden zu haben, der als Parteipolitiker nicht belastet ist, der nicht wie Stojadinowitsch in Serbien heute verspricht, was er morgen nicht halten kann, der nicht wie Laval und Darlan in den Spiel der politischen Meinungen in Frankreich unsichere Partner sind. Quisling hat nie etwas anderes

W 172/4

anderes gesagt als das, was er dem Führer im August 1940 sagte und was er erneut in seiner Rede als das Programm seiner Bewegung bekundet. Es gibt zur Zeit in Norwegen keine politische Richtung und keinen politischen Führer außer NS und Quisling, mit denen Deutschland paktieren kann. Es sind also alle Voraussetzungen geschaffen, um die von Deutschland mehrfach erklärte Neuordnung durchzuführen. Unzweifelhaft verfolgen die nationalen Völker Europas, in erster Linie die germanischen Länder wie Dänemark, Holland, die Flamen und zuletzt auch Schweden nun aufhöchste interessiert die Entwicklung, die das norwegische Verhältnis zu Deutschland nimmt. Denn, wie Norwegen nun behandelt wird, so wird - werden diese Völker selbstverständlich sagen - unser zukünftiges Schicksal sein.

Handelt Deutschland heute klug und ehrlich, so kann in Norwegen in absehbarer Zeit das bisherige unklare Spiel der deutschen Politik vergessen sein. Wird aber die Aufrichtigkeit, mit der Quisling und seine Bewegung an der germanischen Idee festhält, nun getäuscht, so wird eine politische Idee zerschlagen, aus der Deutschland während dieses Krieges und nach Beendigung des Krieges großen politischen Nutzen ziehen kann. Quisling hat in einer persönlichen Unterhaltung erklärt: "Ich bin unpopulär, weil ich für Deutschland bin. Glauben Sie mir, ich wäre der populärste Mann Norwegens, wenn ich mich auf die englische Seite gegen Deutschland gestellt hätte". Es ist bekannt, daß in der National Samling wegen der Behandlung der Bewegung durch Deutschland sehr starke nationalistische Tendenzen sich entwickelten, die dazu führten, nicht den germanischen Gedanken, sondern den Gedanken des skandinavischen Zusammenschlusses in den Vordergrund zu schieben. Quisling hat diese Gedanken unmißverständlich von sich gewiesen, und er hat diese Ansicht erneut in seiner programmatischen Rede bestätigt. Quisling und seine Bewegung werden ihren Kurs weiter verfolgen, wenn Deutschland einen aufrichtigen Kurs verfolgt. Quisling braucht hierzu aber den politischen Erfolg, die Einlösung des gegebenen Versprechens
der

der Selbständigkeit und Freiheit als Kamerad unter Kamera-
den. Die Belassung des Reichskommissars neben der nationa-
len Regierung ist ein politisches Unding. Die stärkste
politische Sicherheit der Zusammenarbeit Norwegens mit
Deutschland liegt in Quisling selbst. Die militärische
Sicherheit Deutschlands in Bezug auf Norwegen liegt in der
deutschen Wehrmacht in Norwegen. Die Belassung des Reichs-
kommissariats ist geeignet, die starke politische Wirkung
der Errichtung einer selbständigen norwegischen Regierung
abzuschwächen, wenn nicht zu vernichten. Es kann nicht der
bisherige Vogt, - auch wenn er sich bemüht hat, den wirt-
schaftlichen, gemeinsamen Interessen Deutschlands und Nor-
wegens zu dienen, - plötzlich der freundschaftliche Berater
des Landes sein. Es müssen, wenn nicht Mißdeutungen auf-
treten sollen, die die Stellung Quislings und der nationalen
Bewegung vor dem Volk und vor den anderen skandinavischen
Völkern diskreditieren, nicht nur ein Wechsel der Person,
sondern auch ein Wechsel der Bezeichnung Reichskommissar
erfolgen. Quisling gegenüber hat der Reichskommissar sein
Verbleiben damit begründet, daß ohne ihn die Gefahr bestünde,
daß im Falle einer militärischen Gefahr von außen die Wehr-
macht den Ausnahmezustand im Lande verhängen und seine -
Quislings - Position unmöglich machen würde. Diese Darstel-
lung ist sachlich unzutreffend, indem der WBN im Falle der
Gefahr alle Befugnisse, auch die des zivilen Sektors, ohne
weiteres übernehmen kann - im Übrigen ist dieses Ausspielen
der obersten Behörden gegeneinander alles andere als loyal
und gut für unsere Sache. Es ist nicht einzusehen, wieso
eine zivile Verwaltung in einem Lande, welches eine selb-
ständige, nationale Regierung besitzt, notwendig ist, um
den Wehrmachtbefehlshaber zu veranlassen, die politische,
vom Führer befohlene, germanische Linie zu verfolgen. Im
Falle einer militärischen Bedrohung Norwegens von außen will
sich Quisling mit seiner gesamten nationalen Autorität an
die Seite der Wehrmacht stellen.

Ist

Ist eine solche freiwillige Mit~~z~~arbeit des nationalen Führers eines Landes nicht mehr wert als der Einfluß einer zivilen Verwaltung, die von allen nationalen Stellen als eine Belastung und als im Widerspruch mit dem Zustand angesehen wird, der durch Einrichtung der nationalen Regierung etabliert worden ist?

Es wird gesagt, daß die norwegischen, nationalen Ministerien ohne deutsche Hilfe nicht sofort arbeiten könnten. Dieser Sorge ist abzuholen, indem man die erforderliche Zahl von deutschen Beamten als deutsche Verbindungsbeamte in die norwegischen Ministerien entsendet. Und der erforderliche, starke politische Einfluß Deutschlands in Norwegen ist dadurch sicherzustellen, daß eine starke deutsche Persönlichkeit als Botschafter und Beauftragter des Führers nach Norwegen entsandt und ebenso eine starke norwegische Persönlichkeit als ständiger Botschafter und Beauftragter Quislings nach Deutschland entsandt wird.

Jede halbe Maßnahme jedoch, wie sie durch die Belassung des Reichskommissariats mit seinem ungeheuren Beamtenapparat in Norwegen dokumentiert wird, ist eine Gefährdung der gesamten Idee.

Zu b):

Die Kriegsmarine ist daran interessiert, die in Schweden befindlichen norwegischen Schiffe baldmöglichst für den Nachschub nutzbar zu machen. Dies kann nur geschehen, wenn Norwegen als selbständiger norwegischer Staat eigene Gesandtschaften errichtet und die in Stockholm befindliche Emigrantengesandtschaft entfernt wird. Je schneller diese Gesandtschaft errichtet wird, desto schneller stehen Deutschland die norwegischen Schiffe zur Verfügung. Bei der außerordentlich schwierigen Nachschublage in Norwegen hat diese Frage deshalb eine entscheidende, militärische Bedeutung.

In

In einer offiziellen Auslassung aus Berlin, die in norwegischen Zeitungen abgedruckt ist, wird eine Parallele gezogen zwischen der Benutzung englischer Stützpunkte in Amerika durch die amerikanische Wehrmacht und den Interessen Deutschlands in Norwegen. Mit einer solchen Andeutung reißt man eine Wunde auf, die gerade Quisling durch seine germanische Idee schließen will. Quisling will nicht an Deutschland Stützpunkte verpachten, was für die norwegische Freiheitsidee untragbar wäre, sondern er will durch den germanischen Zusammenschluß freiwillig der gemeinsamen germanischen Bundesmarine, also der deutschen Kriegsmarine - und sinngemäß der Luftwaffe - die Einrichtungen zur Verfügung stellen, die notwendig sind, um die gemeinsamen deutsch-norwegischen Interessen zu verteidigen. Die Stützpunktidee hat das nationale Deutschland seit 10 Jahren bekämpft. Gibraltar ist für Spanien untragbar. Helgoland war für Deutschland untragbar. Aden ist für die arabische Bewegung untragbar. Es erscheint mir höchst schädlich, diese Stützpunktidee gerade in dem Moment in die Debatte zu werfen, in dem eine nationale norwegische Regierung bereit ist, sich freiwillig an die deutsche Seite zu stellen.

Dagegen gibt die gemeinsame germanische Idee Deutschland in viel großzügiger Weise militärisch alles, was die deutsche Wehrmacht in Norwegen braucht, und gleichzeitig wird die nationale Empfindlichkeit dieses großen germanischen Volkes respektiert.

Die jetzige Lage bedarf einer baldigen Klärung. Es ist nicht nur der Friedensschluß erforderlich, sondern es ist auch notwendig, daß die Stellung des Reichskommissars zu der neu gebildeten norwegischen Regierung geklärt wird. Es genügt nicht, daß gesagt wird, er sei nunmehr ausschließlich Berater, wie er ja auch vorher - angeblich - nur Berater gewesen sei. Jeder Norweger weiß, daß der Reichskommissar und seine Beamten sich in die kleinsten Dinge der norwegischen Verwaltung eingemischt haben. Norwegen ist durch=
setzt

setzt von deutschen Beamten. Im Reichskommissariat allein sind nahezu mehr deutsche Beamte tätig als die gesamte norwegische Verwaltung in Norwegen norwegische Beamte gehabt hat. Diese Überfremdung geht über die Beratung hinaus. Sie ist in der jetzigen Situation nicht nur nicht notwendig, sondern auch nicht nützlich.

Es muß auch geregelt werden, wer in Zukunft die Interessen der in Deutschland wohnenden norwegischen Staatsangehörigen übernimmt. Da eine selbständige, norwegische Regierung in Norwegen etabliert ist, erscheint es selbstverständlich, daß nunmehr die Interessen dieser norwegischen Bürger durch die neu ernannte norwegische Regierung wahrgenommen werden. Unbegreiflicherweise hat aber erst gestern das Reichskommissariat Herrn Quisling gegenüber die Bemerkung gemacht, daß die Interessen der norwegischen Staatsangehörigen in Deutschland von der Dienststelle des Reichskommissariats in Berlin wahrgenommen werden sollen. Wenn nicht einmal Quisling selbst für seine eigenen Landsleute in Deutschland sorgen darf, welche Rechte hat die selbständige nationale Regierung dann überhaupt?

Es muß aber auch geklärt werden das Verhältnis der Wehrmacht zu der neuen norwegischen Regierung. Es muß klar befohlen werden, daß die Wehrmacht der nationalen norwegischen Regierung/bereit ist, in dem gemeinsamen Kampf gegen Rußland und England an der deutschen Seite zu stehen.

Alle diese Fragen wird Herr Quisling bei seinem Staatsbesuch beim Führer versuchen zu klären und zu ordnen. Seine Ziele sind:

- 1) Sofortiger Vorfriede (nicht Sonderfriede)
- 2) Beginn der staatsrechtlichen Verhandlungen zum endgültigen Friedensschluß
- 3) Sofort Gesandtschaften in den skandinavischen Staaten und Berlin
- 4) Endgültiger Friedensschluß am 9.4.
- 5) Dann Ausscheiden RK und Ersetzung durch Beauftragten des Führers als Botschafter

/ (s Freund
zur Seite
steht, solange
diese nationa-
le Regierung

- 7 -

6) Gesandte in den übrigen europäischen Ländern.

Er bietet an:

- 1) Beitritt zum Antikominternpakt
- 2) Beitritt zum Dreimächtepakt
- 3) Verstärkung der norwegischen Legion zum Einsatz in Finnland
- 4) Einsatz der in schwedischen Häfen liegenden Schiffe für die gemeinsamen deutsch-norwegischen Interessen (Rohstoffabfuhr, Nachschub)
- 5) Einsatz des norwegischen Volkes und aller Hilfsmittel des Landes wie in seiner Rede ausgesprochen:
"Deutschlands Sieg ist Norwegens Sieg".

gez. Schreiber
Korvettenkapitän.